Nummer 401

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Goldpfennig. 70. Jahrgang. Mittwoch, 27. August 1924

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten, Der deutsche Beamte, „Welt und Wissen", tägliche Unterhaltungsbeilage mit Roman, sowie „Das Leben im Bild", illustrierte Wochenbeilage, literarisch-künstlerische Beilage „Für den Salon"

Telegramm-Adr.: „Börsenkrone" | Postscheck-Konto: Berlin 26412

Verantwortl. Leiter: Handelsteil: W. Lynk, Berlin; Polit. Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: S. Köppen, Berlin-Friedenau; Inseratenteil: H. Hangleuske, Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37
Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 0,90 Goldmark, Stellungsuchende 0,40 Goldmark, Reklamezeile 4,50 Goldmark. Bezugs-Preis: Monatlich 6,00 Goldmark. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal, Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im III. Quartal 1924 für Amerika 9 Dollar, Frankreich 175 französ. Francs, Belgien 200 belg. Francs, Schweiz 50 schweizer. Francs, Holland 22,50 holländ. Gulden, Dänemark 50 dänische Kronen, Schweden 35 schwedische Kronen, Norwegen 60 norweg. Kronen, England 40 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 70 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 300 tschechische Kronen, Brasilien 90 Milreis, Argentinien 26 Pesos, Serbien 925 Dinar; für den Monat August 1924 nach Oesterreich 200 000 Österreichische Kronen, Ungarn 100 000 ungarische Kronen, Polen 20 000 000 polnische Mark, Litauen 30 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 125 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark.

Für Manuskr. übernimmt der Verlag keine Verantwortung | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Unverlangt eingesandt. Manuskr. ist Rückporto beizufügen

Die Kompromißversuche im Reichstag.

Der Reichstag hat gestern Beratungen erlebt, die nur eine Wiederholung der Kommissionsberatungen waren und am besten abermals in den Kommissionen abgehalten worden wären, wenn man es absolut für nötig gehalten hätte, die Einzelheiten der durch das Dawes-Gutachten notwendig gemachten Gesetze noch einmal zu besprechen. Der große Sitzungssaal war deshalb auch im allgemeinen schwach besetzt, meistenteils nur von den Fraktionsgenossen der jeweiligen Redner und den parlamentarischen Diehards, deren Lieblingsaufenthalt der Plenarsitzungssaal ist. Ebenso wie die Tage vorher unterhielt man sich im Reichstage am eifrigsten über den Fortgang der Verhandlungen mit den Deutschnationalen. Was wir gestern abend schon mitteilten, kann wiederholt werden: Diese Verhandlungen dauern fort, wie viele glauben, mit Aussicht auf Erfolg, wie andere glauben ohne solche Aussicht, weil ein Teil des Zentrums, der Demokraten und die Sozialdemokraten mit Ebert, Marx und Stresemann als Führern es vorziehen werden, entweder die Deutschnationalen auf die Knie zu zwingen oder den Reichstag aufzulösen. Wir sind der Ueberzeugung, daß sowohl bei den Deutschnationalen wie bei der Deutschen Volkspartei in weitem Ausmaße der Wille zu einer Verständigung vorhanden ist. Auch die Zentrumsfraktion hält sich offiziell von dieser Verständigungsaktion nicht ganz fern.

In welcher Richtung sich die Ausgleichsversuche bewegen, geht aus Anträgen hervor, die die Deutsche Volkspartei gestern im Laufe des Nachmittags im Reichstage eingebracht hat.

Zum Mantelgesetz beantragen

Dr. Zapf, Becker-Hessen, Curtius (DVP.):

„Um die Durchführung des den Vereinbarungen der Londoner Konferenz zugrunde liegenden Sachverständigen-Gutachtens nicht zu beeinträchtigen oder zu gefährden, bei die Reichsregierung darauf hinzuwirken, a) daß die Gebiete, die über die im Artikel 428 des Vertrags von Versailles bezeichneten Grenzen hinaus besetzt worden sind, so rasch wie möglich, jedenfalls aber erheblich vor dem 15. August 1925, geräumt werden; b) daß die Kölner Zone unter allen Umständen am 10. Januar 1925 endgültig geräumt wird, wie dies auch von den englischen Kronjuristen als notwendig anerkannt wurde; c) daß Sicherheit dafür geschaffen wird, daß künftig die in der Vereinbarung über die militärische Besetzung der Rheinlande vom 28. Juni 1919 für die Befugnisse der Besatzungsbehörden gezogenen Grenzen nicht überschritten, und daß insbesondere die Bewohner der Rheinlande im Genuß ihrer allgemeinen Menschenrechte und staatsbürgerlichen Grundrechte nicht geschmälert werden."

Ferner liegt folgender

Antrag v. Raumer (DVP.)

vor.

„Dies Gesetz sowie die Gesetze über die Deutsche Reichsbahngesellschaft, über die Industriebelastung und das Bankgesetz treten außer Kraft, sobald die Reichsregierung feststellt, daß die in dem Londoner Abkommen vorgesehenen Verträge über eine Deutschland zu gewährende Anleihe von 800 Millionen Goldmark nicht zustande kommen."

Es liegt weiter eine

Entschließung v. Guérard (Zentr.)

vor, die Reichsregierung zu ersuchen, bei den in dem Abkommen vorgesehenen Ueberleitungsverhandlungen zwecks Wiederherstellung der Verwaltungs- und Wirtschaftseinheit Deutschlands auf eine Revision aller von der Rheinlandkommission erlassenen Anordnungen und auf die Zurückführung des Okkupationsregimes auf das für die Sicherung der Besatzungstruppen unerläßliche Maß mit allem Nachdruck hinzuwirken.

Als Entschließung zum Mantelgesetz beantragen

Dr. Zapf, Dr. Becker-Hessen und Dr. Curtius (DVP.):

1. über

die Schuldfrage:

„Das deutsche Volk erklärt durch seine berufenen Vertreter, daß die Annahme der Vereinbarungen der Londoner Konferenz und des ihnen zugrunde liegenden Sachverständigen-Gutachtens keine Erneuerung des Anerkenntnisses der Schuld Deutschlands am Weltkriege bedeute. Das deutsche Volk erhebt vielmehr bei dieser Gelegenheit erneut feierlichst Einspruch gegen das im Vertrage von Versailles über die Entfesselung des Weltkrieges gefällte Urteil, das den geschichtlichen Tatsachen in keiner Weise entspricht. Der Reichstag fordert die Reichsregierung auf, jede Gelegenheit zu benutzen, diese Rechtsverwahrung zum Ausdruck zu bringen. Das deutsche Volk erwartet, daß nunmehr auch die anderen am Weltkrieg beteiligt gewesenen Völker der Wahrheit Raum geben, damit eine dauerhafte Grundlage für eine wirkliche Verständigung und eine friedliche Zusammenarbeit geschaffen werden kann."

2. Ueber die

Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich und Belgien:

„Die gelegentlich der Londoner Konferenz in Aussicht genommenen Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich und Belgien dürfen nicht unter dem Druck der fortdauernden militärischen Besetzung der über den Art. 428 des Vertrages von Versailles hinaus besetzten Gebiete stehen. Der Reichstag würde einem unter solchem militärischen Druck zustande gekommenen Handelsvertragsentwurf nicht zustimmen."

Es ist klar, daß die Deutsche Volkspartei sich mit diesen Anträgen bemüht, den Forderungen der Deutschen Volkspartei nach Möglichkeit entgegenzukommen. Allerdings kann sich niemand verhehlen, daß einseitige Beschlüsse des Deutschen Reichstages niemals einen vollen Ersatz für Abmachungen bilden können, die in dem Londoner Pakt selbst hätten stehen müssen.

In deutschnationalen Kreisen hält man, wie die Telegraphen-Union erfährt, die Anträge der Deutschen Volkspartei über eine frühere Räumung und eine sachgemäße Handhabung und Auslegung des Rheinland-Abkommens nicht für vollständig genügend, weil sie in das Gesetz nur eine Aufforderung an die Regierung aufnehmen, auf dieses Ziel hinzuwirken. Vom deutschnationalen Standpunkt aus sei zu fordern, daß die Erreichung dieses Zieles eine Bedingung für das Inkrafttreten des Gesetzes wird. Auch die Resolution der Deutschen Volkspartei über die Kriegsschuldfrage erscheine nicht ausreichend. Die Regierung werde darin aufgefordert, „jede Gelegenheit zu benutzen, eine Rechtsverwahrung über die Schuldfrage zum Ausdruck zu bringen". Es müsse aber gefordert werden, daß bei der jetzigen Gelegenheit, bei oder vor Unterzeichnung des Abkommens in London, das deutsche Schuldbekenntnis widerrufen werde.

Gleichzeitig mit dieser durchaus verständlichen Antwort an die Deutsche Volkspartei erläßt die Deutschnationale Volkspartei eine Kundgebung, worin die Gerüchte von einer Uneinigkeit in der deutschnationalen Reichstagsfraktion nach wie vor mit größter Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Von einer Uneinigkeit, die das widersprechende Drittel in Frage stellen könnte, könne absolut nicht die Rede sein.

Neben den durch diese Anträge gekennzeichneten Kompromißversuchen der Deutschen Volkspartei läuft ein anderer Versuch, die Schwierigkeiten für die Annahme des Londoner Paktes zu beseitigen. Er geht aus von dem Führer der Wirtschaftlichen Vereinigung Dr. Bredt, der folgenden Antrag gestellt hat:

„Der Reichstag wolle beschließen, in dem Entwurf eines Gesetzes über die Deutsche Reichsbahngesellschaft (Reichsbahngesetz) im Eingang die Worte: „nachdem festgestellt ist, daß die Erfordernisse verfassungsändernder Gesetzgebung erfüllt sind" zu streichen."

Die Absicht dieses Antrages ist, die Notwendigkeit einer Zweidrittelmehrheit für die Genehmigung des Londoner Paktes im Reichstage auszuschalten. Denn würde er angenommen, so würde eine einfache Mehrheit zur Annahme der gesamten Londoner Abmachungen genügen. Wir sagten schon gestern, daß wir das Verfahren in diesem Sinne als einen üblen Trick betrachten müßten, der nur zur Verschärfung der innerpolitischen Lage und zur weiteren Vergiftung der Parteigegensätze führen würde.

Ein für die große Mehrheit unseres Volkes erträglicher Ausgleich kann unseres Erachtens nur auf dem Wege gefunden werden, auf dem die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen gegenwärtig vorwärtszukommen versuchen.

Dr. O.

Die Ausführungsgesetze zum Dawesplan.

Die gestrige Reichstagssitzung.

24. Sitzung des Deutschen Reichstags.
Dienstag, den 26. August 1924.

Nach dem Abg. Dr. Kulenkampff (D. Vp.), dessen Rede wir bereits im Abendblatt brachten, ergreift der Abg. Feder (Nat.-Soz.) das Wort und führte u. a. aus: Wir müssen vor allem die Aufrechnung unserer bisherigen Leistungen verlangen. An die Lüge von der deutschen Schuld glaubt zwar die Welt nicht mehr, aber doch ist in London die deutsche Schuld am Kriege in deutsche Kriegsschulden verwandelt worden. Es gibt nur einen Herrn der Welt heute: das große Leihkapital. Eine Möglichkeit der Kreditschöpfung ist eine gerechte Lösung der Aufwertungsfrage. Die Notenpresse sollte am 15. Oktober stillgelegt werden; in Wirklichkeit hat man bis heute weitere 800 Trillionen Papierscheine gedruckt. Ich warne Sie, meine Herren Minister, bei Vermeidung einer späteren Anklage wegen Hochverrats, die deutsche Finanzhoheit und die deutsche Verkehrshoheit auch noch preisgegeben, nachdem man schon die Gebietshoheit und die Militärhoheit preisgegeben hat.

Der Redner verliest zum Schluß folgende Erklärung:

1. „Die nationalsozialistische Freiheitspartei steht in der beabsichtigten Auslieferung der deutschen Finanzhoheit durch die Bankgesetze den Schlußstein für die finanzpolitische Versklavung des deutschen Volkes. Nicht ausländische Bankiers, nicht ausländische Anleihen werden uns helfen, sondern nur der Aufbau eines straffen, staatlichen Zentralnoteninstituts, frei von jeder privatkapitalistischen Ausbeutung.

2. Die nationalsozialistische Freiheitspartei sieht den einzig möglichen und gangbaren Weg, die innerpolitische Kreditkrisis zu beseitigen, in der Durchführung einer sozialgerechten Aufwertung der alten Verbindlichkeiten. Auf diese Weise erreichen wir eine Wiederaufrichtung des Sparbesitzes, der die Grundlage des gesamten inneren Geld- und Kreditverkehrs gewesen war.

3. Die nationalsozialistische Freiheitspartei steht grundsätzlich auf der Anerkennung des Privateigentums, soweit es ehrlicher Arbeit und Leistung seine Entstehung verdankt. Nur Utopisten und Volksbetrüger können Abschaffung des Privateigentums als Mittel zur Volkswohlfahrt anpreisen. Dagegen ist allen arbeitenden Volksgenossen die Möglichkeit zu einer tatsächlichen Werksbeteiligung die bedeutet werden muß, zu eröffnen."

Nur durch Erfüllung dieser Grundforderungen sozialer Gerechtigkeit kann eine Entspannung der innerpolitischen Verhältnisse angebahnt werden, die innere Wirtschaft gesunden und damit die Voraussetzung für äußere Freiheit geschaffen werden.

Reichswirtschaftsminister Hamm wirft dem Vorredner Verhetzung vor. Das starke Verdienst Dr. Schachts an der Aufrechterhaltung der Währung müsse anerkannt werden. Die Regierung betrachte die vorliegenden Gesetze nicht als besonders wertvolle Errungenschaft, sie wolle aber auch dem Volke nicht die Hoffnung nehmen, daß auf diesem Wege sich eine Besserung anbahnen könne.

Abg. Graf Bernstorff (Dem.): Die Annahme der Gesetze erscheint uns als eine unbedingte nationale Notwendigkeit. Wer, wie der Abg. Heyde die Anschauung zu der seinen macht, daß der Kampf um die Ruhr in London nicht beendet worden ist, sondern dort erst begonnen hat, der muß doch auch den ersten Schritt in diesem Kampfe tun, und als ein solcher erster Schritt auf diesem Wege stellt sich die Annahme der Gutachten-Gesetze dar. Die energische Aufrollung der Schuldfrage verlangen jetzt alle Parteien im Streite dieselben Leute, welche, wie Herr Wulle 1914 in seinem Blatte, damals den Desterreichern die Schuld am Kriegsausbruch beimaßen und der deutschen Politik gerade zum Vorwurf machten, daß sie den Desterreichern nicht in den Arm gefallen sei. (Hört! hört! in der Mitte und links.) Wenn die Reichsregierung sich zu irgend einem Entgegenkommen gegen Frankreich in der Frage der Sicherungen entschließen kann, werden wir auch in der Frage der früheren Ruhräumung Erfolge davontragen. Bei einer dauernden Neutralisierung deutschen Bodens kann dabei keine Rede sein. Wir haben die Pflicht, den heutigen Augenblick nicht vorübergehen zu lassen, der den Anfang einer Besserung des politischen Verhältnisses unter den europäischen Nationen zu bieten scheint. (Beifall b. d. Demokraten.)

Abg. Pfleger (Bayer. Vp.) gibt der Ansicht Ausdruck, daß bei der Umwandlung der Rentenbank nicht genügend Rücksicht auf die Landwirtschaft genommen sei.

Abg. Holzamer (Wirtschaftl. Vereinigung) befürwortet die Kreditforderungen des Handwerks. Handwerk und Gewerbe wären leider im Aufsichtsrat der Rentenbank nicht vertreten gewesen.

Die Industrie-Gesetze.

Nunmehr folgt die zweite Beratung der zweiten Gruppe der Vorlagen, des Gesetzentwurfs über die Industriebelastung und des Gesetzentwurfs über Aufbringung der Industriebelastung.

Abg. Schneider (DVP.) meint, daß künftig nach diesen Gesetzen ein industrieller Betrieb pro Arbeiter und Jahr 50 Mark aufzubringen haben wird. Von der Einbeziehung der Banken, Versicherungsgesellschaften usw. erwartet der Redner nur eine Verminderung der Belastung der Industrie um etwa ein Sechstel. Der Redner beantragt, landwirtschaftliche Betriebe auch dann von der Auflage zu befreien, wenn sie zu industriellen und gewerblichen Betrieben gehören. Ferner will der Redner die Regierungsvorlage wiederhergestellt wissen, wonach auch die werbenden Betriebe des Reiches, der Länder und der Gemeinden belastet werden. Nach einem weiteren Antrag des Redners sollen auch öffentliche Sparkassen gleichfalls belastet werden, wenn sie sich nicht auf den eigentlichen Sparkassenverkehr

Natürlicher Mineralbrunnen

STAATL. FACHINGEN

Zu Haustrinkkuren

bei Gicht, Rheumatismus, Zucker-, Nieren-, Blasen-, Harnleiden (Harnsäure, Arterienverkalkung, Frauenleiden, Sodbrennen usw.)

STAATL. FACHINGEN

Natürlicher Mineralbrunnen

Man befrage den Hausarzt!

Erhältlich in Apotheken, Drogerien und einschlägigen Geschäften sowie durch die

Amt Lützow 8260, 8261. Versandstelle der Staatsquellen Fachingen und Niederselters. Amt Lützow 8260, 8261.